

## IKT und internationale Besteuerung

Durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wandeln sich Unternehmens- und Marktstrukturen. In der internationalen Unternehmensbesteuerung sollte die Besteuerung stets konform zur zugrunde liegenden Wirtschaftsstruktur sein. Eine Besteuerung gemäß dem Wohnsitzprinzip ist hier sinnvoller als eine Besteuerung gemäß dem Quellenprinzip. Dies zeigt eine von der Landesstiftung Baden-Württemberg finanzierte ZEW-Studie zu Auswirkungen von IKT auf die internationale Unternehmensbesteuerung.



■ Die Verbreitung von IKT kann in der Organisation von Unternehmen zu einer vermehrten Anwendung von Telearbeit sowie zu einer räumlichen und organisatorischen Dezentralisierung führen. Auch das Management einer Gesellschaft ist in zunehmendem Maße nicht mehr an einem zentralen Ort tätig, sondern auf mehrere Leitungszentren verteilt. In der Marktorganisation können einzelne Transaktionen ganz oder teilweise mittels IKT abgewickelt werden, wie beispielsweise über digitale Märkte.

Die ZEW-Studie (ZEW Discussion Paper No. 02-81) untersucht, ob das derzeitige System der internationalen Unternehmensbesteuerung noch sinnvoll auf diese veränderten Unternehmens- und Marktstrukturen anwendbar ist und in-

wieweit entsprechende Reformmaßnahmen notwendig sind. Um die Angemessenheit der steuerlichen Regelungen zu bewerten, dient unter anderem das Prinzip der Neutralität der Besteuerung als Maßstab. Es hat in der internationalen Besteuerung zwei Ausprägungsformen: die Kapitalexporthneutralität und die Kapitalimportneutralität. Kapitalexporthneutralität liegt vor, wenn alle in- und ausländischen Einkünfte eines Unternehmens gemäß dem Steuerniveau desjenigen Staats besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist. Kapitalimportneutralität hingegen ist dann gegeben, wenn sämtliche Einkünfte eines Unternehmens unabhängig von dessen Ansässigkeitsstaat dem Steuerniveau des jeweiligen Staats unterliegen, in dem der

betreffende Unternehmensteil tätig ist. Da das Prinzip der Kapitalexporthneutralität auf die heutigen Wirtschaftsstrukturen mit international tätigen Unternehmen und zahlreichen unternehmensübergreifenden Verflechtungen sinnvoller anwendbar ist, sollte die internationale Unternehmensbesteuerung auf diesem Prinzip aufbauen.

Als Teilbereiche des internationalen Steuerrechts werden im Rahmen der ZEW-Studie die Reichweite sowie die Anknüpfungspunkte der Besteuerung analysiert. Die Reichweite der Besteuerung gibt den örtlichen Umfang der Einkunftsquellen an, die der Besteuerung eines bestimmten Staats unterliegen. Erzielt ein Unternehmen ausländische Einkünfte, so können diese entweder gemäß dem Quellenprinzip abschließend im

### In dieser Ausgabe

IKT und internationale Besteuerung . . . . .	1
Nachhaltige Kapitalanlagen schneiden besser ab als erwartet . . . . .	2
Dienstleister der Informationsgesellschaft: Aussichten trüben sich ein . . . . .	3
ZEW-Konferenz . . . . .	4; 5
ZEW-Intern; ZEW-Termine; ZEW-Neuerscheinungen . . . . .	6
Daten und Fakten . . . . .	7
Standpunkt . . . . .	8

## ZEW-Forschungsergebnisse

Tätigkeitsstaat oder gemäß dem Wohnsitzprinzip abschließend im Ansässigkeitsstaat eines Unternehmens besteuert werden. Beide Prinzipien werden derzeit parallel angewandt. Das Wohnsitzprinzip hat jedoch verschiedene Vorteile. Im Fall einer Besteuerung nach dem Wohnsitzprinzip ist es im Gegensatz zum Quellenprinzip nicht notwendig, die effektive Steuerbelastung für Unternehmensgewinne international zu harmonisieren. Auch sind die Manipulationsmöglichkeiten bei Anwendung des

Wohnsitzprinzips geringer. Eine Besteuerung gemäß dem Wohnsitzprinzip setzt voraus, dass die Ansässigkeit eines Unternehmens eindeutig bestimmt werden kann. Ein Unternehmen ist dort ansässig, wo sich der Ort der Geschäftsleitung befindet. Zwar ist es nicht immer zweifelsfrei möglich, diesen Anknüpfungspunkt zu bestimmen, da aufgrund einer dezentralen Führungsstruktur mehrere Orte der Geschäftsleitung vorliegen können. Dennoch ist die Ansässigkeit eines Unternehmens weniger leicht manipulierbar

als die Quelle der Einkünfte, die für eine Besteuerung nach dem Quellenprinzip den relevanten Anknüpfungspunkt darstellt. So ist es beispielsweise im Fall der Telearbeit oder auf digitalen Märkten häufig nicht möglich, den Ort und die Höhe der im Tätigkeitsstaat erzielten Einkünfte exakt zu ermitteln. Für die durch IKT veränderten wirtschaftlichen Strukturen stellt das Wohnsitzprinzip somit das geeignetere Prinzip dar. ◀

Anne Schäfer, [schaefer@zew.de](mailto:schaefer@zew.de);  
Prof. Dr. Christoph Spengel, [spengel@zew.de](mailto:spengel@zew.de)

# Nachhaltige Kapitalanlagen schneiden besser ab als erwartet

Investmentprodukte, bei denen statt des Ertrags die „Nachhaltigkeit“ im Vordergrund steht, erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Entsprechend werden immer mehr Investmentfonds neu aufgelegt, die ihre Finanzmittel bevorzugt in Anlageprodukte investieren, die bestimmte soziale, ethische oder ökologische Kriterien erfüllen. Wie diese Fonds im Vergleich zu herkömmlichen Fonds abschneiden, ist Gegenstand einer Studie des ZEW mit der European Business School im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

■ Die Studie von ZEW und European Business School zeigt, dass die meisten Aktienfonds und Aktienindizes, die nach dem Kriterium der Nachhaltigkeit konzipiert sind, durchaus mit herkömmlichen Anlageprodukten mithalten können. Nur einige wenige Indizes und Fonds erweisen sich als signifikant schlechter als die in der Studie verwendeten Benchmark-Indizes, das heißt ausgewählte Aktienindizes herkömmlicher Prägung.

Die Studie konzentriert sich auf 16 deutsche und schweizerische Aktienfonds, 30 Aktienfonds aus den USA sowie 10 international ausgerichtete Aktienindizes, die die Wertentwicklung nachhaltiger Aktienportfolios abbilden. Eine relativ ungünstige Performance bei den Indizes haben der Calvert Social Index (Calvin), ein auf US-Aktien spezialisierter Index, sowie der FTSE4Good Index mit europaweitem Anlageuniversum. Auch der Dow Jones Sustainability Index (DJSI) mit weltweitem Anlageuniversum kann

mit den Benchmark-Indizes nicht ganz mithalten. Als Folge davon fällt auch die Performance der deutschen und schweizerischen Fonds, die sich am DJSI Weltindex orientieren, schwächer aus. Der Domini 400 Social Index, also derjenige US-Index für sozial und ökologisch ausgerichtete Aktienanlagen mit der längsten Historie (Start: 1990), sowie der Naturaktienindex (NAI) zeigen dagegen recht gute Ergebnisse, auch wenn diese statistisch nicht signifikant sind. Die übrigen fünf Indizes weisen zwar eine leicht negative, aber nicht signifikante Abweichung von den Benchmark-Indizes auf. Die meisten der untersuchten Fonds zeigen ebenfalls keine systematische Abweichung von den jeweiligen Vergleichsindizes: Dies trifft immerhin auf 12 der 16 untersuchten deutschen und schweizerischen Fonds sowie auf 23 der 30 U.S.-Fonds zu. Dadurch ist der Anlageerfolg doch besser, als man aufgrund der zusätzlichen Anlagerestriktionen erwarten konnte.

Bei der Ermittlung der Performance wurden jeweils zwei Benchmark-Indizes verwendet, die speziell für den jeweiligen Fonds oder Index ausgewählt wurden: Ein Aktienindex, der die Aktien mit hoher Marktkapitalisierung abbildet (wie etwa der MSCI Weltindex) und ein Index für Aktien mit geringer Kapitalisierung (so genannte Small Caps). Dies ist wichtig für die Analyse, da viele nachhaltige Fonds und Indizes eine vergleichsweise hohe Anlagequote in Small Cap-Aktien aufweisen. In der Studie werden die Indizes erst von ihrem offiziellen Startdatum an berücksichtigt.

Auf der neuen Internet-Plattform [www.nachhaltiges-investment.org](http://www.nachhaltiges-investment.org) sind alle im deutschsprachigen Raum zugelassenen Nachhaltigkeitsfonds porträtiert. Die Studie kann als ZEW Discussion Paper No. 03-10 „Socially Responsible Investments in Germany, Switzerland and the United States“ von der ZEW-Hompage heruntergeladen werden. ◀

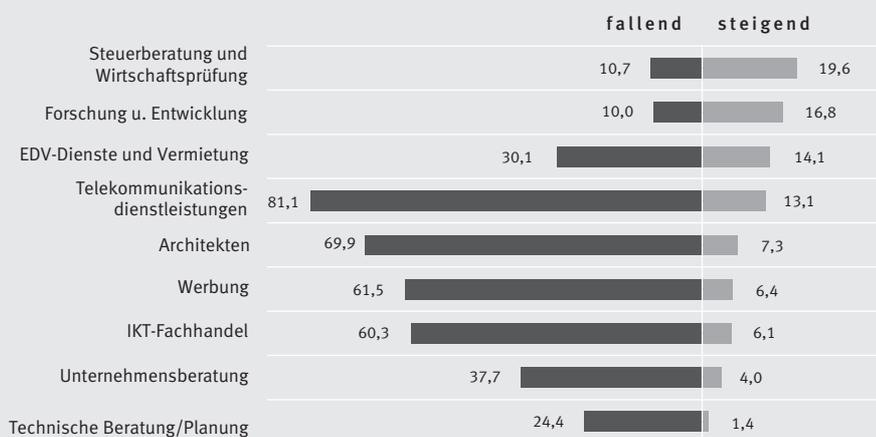
Dr. Michael Schröder, [schroeder@zew.de](mailto:schroeder@zew.de)

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Dienstleister der Informationsgesellschaft: Aussichten trüben sich ein

Die jährliche Umsatzwachstumsrate der Dienstleister der Informationsgesellschaft ist im ersten Quartal 2003 um 0,4 Prozentpunkt auf 1,7 Prozent gesunken. Insbesondere im Vergleich zum ersten Quartal 2002 wird die verhaltene konjunkturelle Entwicklung deutlich: Umsatz, Ertrag, Nachfrage und Personal sind gesunken, lediglich der Druck auf die Preise hat nachgelassen. Dies zeigt eine Konjunkturumfrage, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im März und April 2003 durchgeführt hat.

### Personalerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen



Lesehilfe: 6,4 Prozent der Werbefirmen erwarten, dass sich ihr Personalbestand verbessern wird. Dagegen geben sich 61,5 Prozent der Werbefirmen eher pessimistisch und glauben, dass ihre Beschäftigungsanzahl künftig zurückgeht.  
Quelle: ZEW/Creditreform

■ An der Umfrage beteiligten sich rund 1.200 Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleister der Informationsgesellschaft. Dieser setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Die einzelnen Branchen des Wirtschaftszweigs sind von der anhaltend schlechten Konjunktur unterschiedlich betroffen. So sind im ersten Quartal 2003 nur die EDV-Dienstleister und -Vermieter, die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie die Steuerbe-

ratener und Wirtschaftsprüfer weitgehend von der schlechten allgemeinen Auftragslage verschont geblieben. In diesen Branchen berichten im Vergleich zum vierten Quartal 2002 deutlich mehr Unternehmen von steigender als von fallender Nachfrage. Bei den EDV-Dienstleistern und -Vermietern sowie in der Forschung und Entwicklung schlägt sich die positive Nachfrageentwicklung auch in steigenden Umsätzen nieder. Unter den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern erwirtschaften die Unternehmen, die ab dem zweiten Quartal 2003 mit steigenden Umsätzen rechnen, einen Umsatzanteil von mehr als 50 Prozent. Daher berichten sie wohl auch als einzige Branche im Wirtschaftszweig, dass ihr Personalbestand im ersten Quartal 2003 zugenommen hat.

Das konjunkturelle Schlusslicht bilden im ersten Quartal 2003 die Branchen IKT-

Handel, Architektur und Werbung. Von diesen drei Branchen rechnen nur im IKT-Handel mehr Unternehmen mit einer Verbesserung als einer Verschlechterung der Geschäftslage im zweiten Quartal 2003.

Auch die Zukunftsaussichten sind für den Wirtschaftszweig düster. Die Nachfrageentwicklung im zweiten Quartal 2003 sehen die Unternehmen angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage pessimistisch. Bei den westdeutschen Dienstleistern der Informationsgesellschaft überwiegt der Umsatzanteil der Unternehmen, die im Frühsommer mit einer Nachfragebelegung rechnen, nur knapp den Umsatzanteil der Unternehmen, die von einem Nachfragerückgang ausgehen. In Ostdeutschland fällt der Saldo der Nachfrageerwartungen stark negativ aus. 14 Prozent beträgt der Umsatzanteil der Unternehmen, die mit einer steigenden Nachfrage rechnen, mehr als 30 Prozent der Umsatzanteil der Unternehmen, die eine sinkende Nachfrage prognostizieren.

### Unternehmen bauen Personal ab

Auch die kurzfristige Entwicklung des Personalbestands beurteilen die Unternehmen pessimistisch. Nachdem etwas mehr als die Hälfte der Dienstleister der Informationsgesellschaft schon im ersten Quartal 2003 ihren Personalbestand verringert hat, gehen Unternehmen mit einem Umsatzanteil von mehr als 40 Prozent davon aus, auch im zweiten Quartal Personal entlassen zu müssen. Telekommunikationsdienstleister, Architekten, Werbeagenturen und IKT-Händler sind überdurchschnittlich vom Personalabbau betroffen. ◀

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

## ZEW-Konferenz

### 5. Blueprint-Workshop: Prognosen zu Umwelttechnologien

■ Prognosen zu Umwelttechnologien standen im Mittelpunkt des fünften Workshops des thematischen Netzwerks „Blueprints for an Integration of Science and Technology Policy“ (Blueprint) Anfang April 2003 in Brüssel. Das Netzwerk wird von der EU-Kommission gefördert und vom ZEW koordiniert. Besonders aktuell ist das Thema des Workshops vor dem Hintergrund, dass Prognosen im 6. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission eine wichtige Rolle im Bereich der gesamten sozio-ökonomischen Forschung spielen sollen.

Mads Borup vom Risø Forschungszentrum in Dänemark präsentierte Erfahrungen mit Prognosen zu grünen Technologien in Europa, vor allem aus Skandinavien und den Niederlanden. Methodisch sind diese Studien stark von konventionellen Delphi-Methoden geprägt. Es fließen aber auch spezifische Prognosemethoden für Umwelttechnologien ein wie Lebenszyklusanalysen und das so genannte Back Casting, welches erforderliche technologische Änderungen auf der Basis von umweltpolitischen Zielen oder bereits vereinbarten Reduktionszielen ermittelt, beispielsweise zu Treibhausgasen.

René von Schomberg von der DG Forschung der Europäischen Kommission stellte ein Forschungsprogramm vor, mit dem der von ihm als „dritte Arena“ (neben Markt und Regulierung) bezeichnete neue Bereich der langfristigen gesell-

schaftlichen Zukunftssicherung gestaltet werden solle. Diese „dritte Arena“ erfordere Forschung unter anderem in den Bereichen Steigerung der Öko-Effizienz, Indikatoren für Nachhaltigkeit, Partizipation, Technikfolgenabschätzung, Vorsichtsprinzip und Systeminnovationen. Während sich die Teilnehmer des Workshops über diesen Forschungsbedarf weitgehend einig waren, kritisierte Philip Vergragt von der Technischen Universität Delft den Begriff der „dritten Arena“ als zu vage. In der Diskussion wurde zudem bemängelt, dass einige der genannten Forschungsbedarfe im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission zum 6. Rahmenprogramm kaum auftauchen.

#### Lead-Märkte für Umweltschutztechnologien

Welche Umwelttechnologien sich national und international durchsetzen, hängt insbesondere von den umweltpolitischen Rahmenbedingungen ab. Erkennt ein Land frühzeitig einen internationalen ökologischen Problemdruck, wie etwa das Ozonloch oder globale Erwärmung, und setzt sich dieses Land an die Spitze eines Regulierungstrends, so kann es zum Lead-Markt für die entsprechende Umweltschutztechnologie werden. Marian Beise vom ZEW präsentierte einige Beispiele für Lead-Märkte in den Umwelttechnologien (siehe zu diesen

Beispielen sowie zu einem Erklärungsansatz für Lead-Märkte im Umweltschutz auch das ZEW Discussion Paper No. 03-01). So ist etwa Dänemark zum Lead-Markt für Windenergie geworden; es zeichnet sich im Vergleich zu anderen führenden Windenergieländern, vor allem Deutschland, durch einen höheren inländischen Windenergieanteil und durch eine höhere Exportorientierung aus. Zum Lead-Markt für Diesel-Hochdruckeinspritzung hat sich Deutschland entwickelt (siehe Abbildung). Während es für rein ökologisch motivierte Antriebskonzepte wie das Dreiliterauto kaum internationale Märkte gibt, vereinigt die Technologie zur Hochdruckeinspritzung Kundenwünsche nach Sparsamkeit im Verbrauch bei gleichzeitig dynamischen Fahreigenschaften. Diesem Nachfragetrend kommen die deutschen Fördermaßnahmen für verbrauchsarme Fahrzeuge entgegen.

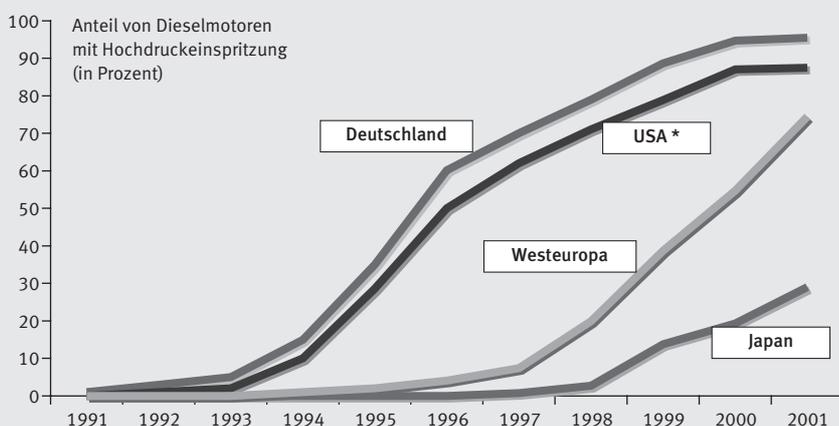
Ian Miles vom Institut PREST (Policy Research in Engineering, Science and Technology) der Universität Manchester begrüßte den Lead-Märkte-Ansatz als ein Konzept, das zur Erklärung der internationalen Technologiediffusion bereits gut entwickelt und empirisch anwendbar sei. Weniger entwickelt sei hingegen der Teil zur Erklärung der Politikdiffusion. Miles regte an, diesen Teil des Ansatzes zur Erklärung von „lead policy markets“ auszubauen.

Die Anwendbarkeit des Lead-Märkte-Konzepts für Prognosen beurteilten die Teilnehmer des Workshops positiv. Erstens sei die Analyse von Lead-Märkten im Zeitverlauf äußerst stabil, das heißt künftiger Markterfolg werde häufig stark von der Lead-Markt-Position in der Vergangenheit beeinflusst. Zweitens werde das Lead-Märkte-Konzept in einem Forschungsprojekt mit DaimlerChrysler bereits angewendet, um Potenziale für künftige Lead-Märkte zu identifizieren.

Alle Beiträge und Kommentare des Workshops sowie ein Synthesebericht können von der Website des Netzwerks ([www.blueprint-network.net](http://www.blueprint-network.net)) heruntergeladen werden.

Dr. Klaus Rennings, [rennings@zew.de](mailto:rennings@zew.de)

#### Internationale Diffusion der Diesel-Hochdruckeinspritzung



\* USA: Vor allem leichte Trucks

Quelle: ZEW, Bosch

## ZEW-Konferenz

### Aktuelle internationale Perspektiven zur Ökonomik der Geschlechter

■ Das ZEW veranstaltete am 28. und 29. März 2003 eine internationale Fachkonferenz zum Thema „The Economics of Gender Issues: Widening the Debate“. Europäische und nordamerikanische Arbeitsmarktforscher berichteten über aktuelle Forschungsarbeiten zur Ökonomik der Geschlechter im Hinblick auf Unterschiede am Arbeitsmarkt. Zentrale Themen der Konferenz waren einerseits die Beschreibung und Erklärung der Unterschiede in Entlohnung und Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, die direkt am Arbeitsmarkt empirisch beobachtet werden können. Andererseits wurden geschlechtsspezifische Unterschiede in Bereichen betrachtet, die nur mittelbar mit dem Arbeitsmarktgeschehen in Zusammenhang stehen. Die Vorträge behandelten unter anderem die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Dynamik von Verdiensten, in der Arbeitsmarktbeteiligung, in schulischen Leistungen, im politischen Wahlverhalten und in der Allokation von Hausarbeit und Erwerbsarbeit. Die wissenschaftliche Leitung der Veranstaltung oblag Bernd Fitzenberger (Universität Mannheim und ZEW), Christian Dustmann und Steve Machin (beide University College London). Die Veranstaltung wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt.

#### Mädchen schließen Schulausbildung besser ab als Jungen

Sandra McNally (London School of Economics) und Steve Machin behandelten in ihrem Vortrag die zeitliche Entwicklung geschlechtsspezifischer Leistungsunterschiede in britischen Schulen. Es zeigt sich, dass Mädchen heute im Gegensatz zu früher am Ende der sekundären Schulausbildung in allen Fächern besser abschneiden als Jungen. Insbesondere der in der Vergangenheit beobachtete Vorsprung der Jungen im Schulfach Mathematik ist in jüngster Zeit verschwunden. Der Vorsprung der Mädchen entwickelt sich allerdings erst nach dem Ende der Grundschule.

Nina Smith (The Aarhus School of Business) behandelte den Zusammenhang zwischen der zeitlichen Aufteilung von Hausarbeit und dem Lohnsatz von Frauen in Dänemark. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Dänemark sehr hoch, gleichzeitig sind aber die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede anders als in vielen anderen Ländern in den vergangenen Jahren nicht zurückgegangen. Auf Basis von Zeitbudgetdaten zeigte Smith, dass – im Vergleich zu Männern – der höhere Umfang der von erwerbstätigen Frauen erledigten Hausarbeit und die geringere Flexibilität beim Zeitpunkt der Erledigung dieser Hausarbeit mit einem systematisch geringeren Lohnsatz einhergehen.

Lena Edlund (Columbia University) analysierte empirisch die zeitliche Entwicklung des geschlechtsspezifischen Wahlverhaltens in Industrieländern. Es zeigt sich, dass Frauen eher als Männer „links“ wählen. Dieser im Zeitablauf zunehmende Unterschied im Wahlverhalten und die abnehmende Stabilität von Ehen legen nahe, dass sich Frauen von der Sozialpolitik linker Regierungen einen größeren Einkommensschutz bei einer Trennung von ihrem Mann erwarten.

#### „Gläserne Decken“ schränken Verdienste von Frauen ein

Susan Vroman (Georgetown University) ging der Frage nach, inwieweit es für die Verdienste hoch qualifizierter Frauen „gläserne Decken“ gibt. Solche impliziten Karriereschranken führen dazu, dass der Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, die ansonsten die gleichen arbeitsmarktrelevanten Eigenschaften aufweisen, mit der Höhe des Verdiensts zunimmt. Für Schweden zeigt sich dieser Effekt auch dann, wenn eine Fülle von arbeitsmarktrelevanten Eigenschaften berücksichtigt wird.

In weiteren Vorträgen wurden die folgenden Themen behandelt: Christian Dustmann und Hidehiko Ichimura (University College London) untersuchten die Hypothese, dass Frauen im familiären Kontext bessere ökonomische Alternativen zur Erwerbstätigkeit haben. Rudolf



Winter-Ebmer (Universität Linz) analysierte im Rahmen einer Meta-Studie, inwieweit unerklärte Lohnunterschiede zwischen vergleichbaren Frauen und Männern auf der Wettbewerbsintensität und dem Ausmaß politischer Anstrengungen zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt beruhen. Ken Troske (Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, IZA) untersuchte die Veränderungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede am südkoreanischen Arbeitsmarkt seit den 1970er Jahren. Bernd Fitzenberger befasste sich mit den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschieden in Großbritannien unter Berücksichtigung der Entscheidung für Vollzeit- oder Teilzeiterwerbstätigkeit. François Laisney (Universität Strasbourg und ZEW) berichtete von Ergebnissen eines EU-weiten Forschungsverbunds zur Modellierung des kollektiven Entscheidungsverhaltens innerhalb einer Familie. Astrid Kunze (Norwegian School of Economics and Business Administration Bergen) und Miriam Beblo (ZEW) untersuchten, wie sich Erwerbsunterbrechungen von Frauen auf ihre Verdienstenwicklung auswirken. ◀

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph.D.,  
fitzenberger@zew.de

## ZEW-Intern



### Besuch des katalanischen Wissenschaftsminister am ZEW

Am 8. April 2003 besuchte eine katalanische Delegation unter Führung von Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreu Mas-Colell das ZEW. Das ZEW war eine der ausgewählten Forschungseinrichtungen, die der Minister und seine Begleiter aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft im Rahmen eines Informationsbesuchs in Baden-Württemberg besuchten. Sie wurden von ZEW-Präsident Professor Dr. Wolfgang Franz und mehreren Forschungsbereichsleitern über die aktuelle Forschungsarbeit des ZEW informiert. ◀

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Lööf, Hans: *Dynamic Optimal Capital Structure and Technological Change*, No. 03-06.

Lööf, Hans; Heshmati, Almas: *The Link Between Firm-Level Innovation and Ag-*

*gregate Productivity Growth. A Cross-Country Examination*, No. 03-07.

Böhringer, Christoph; Lange, Andreas: *On the Design of Optimal Grandfathering Schemes for Emission Allowances*, No. 03-08.

Lutz, Stefan H.: *Mutual Recognition of National Minimum Quality Standards may Support International Convergence*, No. 03-17.

Ullrich, Katrin: *A Comparison between the Fed and the ECB: Taylor Rules*, No. 03-19.

## ZEW-Termine

### ■ ZEW-Wirtschaftsforum 2003

am Freitag, 13. Juni 2003, ab 10.00 Uhr im ZEW, Mannheim

vorgesehener Programmablauf: ■ *Podiumsdiskussion „Arbeitsrecht – Beschäftigungshemmnis oder besser als sein Ruf?“*

mit Dr. Dieter Hundt (Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), Prof. Dr. iur. Dres. h.c. em. Bernd Rütters (Universität Konstanz), Harald Schliemann (Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht), Prof. Dr. Wolfgang Franz (ZEW) ■ *ZEW-Konjunkturforum*, Dr. Michael Schröder (ZEW) ■ *Wissenschaft für die Praxis* (ZEW-Wissenschaftler stellen Forschungsprojekte vor) ■ *Vortrag „Reform des Arbeitsmarkts und Umbau der Bundesanstalt für Arbeit“*, Florian Gerster (Vorsitzender des Vorstands der Bundesanstalt für Arbeit)

*Information und Anmeldung bei:* Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

### ■ Expertenseminare

*Der richtige Umgang mit Marktdaten – Grundkurs Marktforschung*, 12. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Der richtige Umgang mit Marktdaten – Aufbaukurs Marktforschung*, 13. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Präsentationen individuell gestalten*, 13./14. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*EU-Forschungsförderung: Eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen*, 14. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt*, 15. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Wirtschaftsanalysen kompetent nutzen und durchführen – Ökonometrische Methoden für die Praxis*, 15./16. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Quantitative und qualitative Analysemethoden von Corporate Bonds*, 20. Mai 2003, ZEW-Gebäude

*Presenting in English*, 26./27. Mai 2003, ZEW-Gebäude

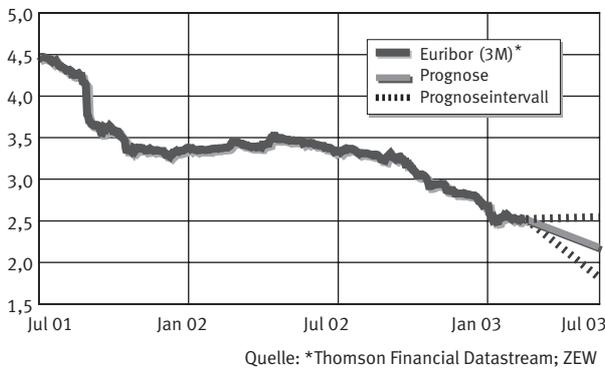
*Finanzmarkt-Ökonometrie, Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren*, 23./24. Juni 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de)

Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, Email [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Daten und Fakten

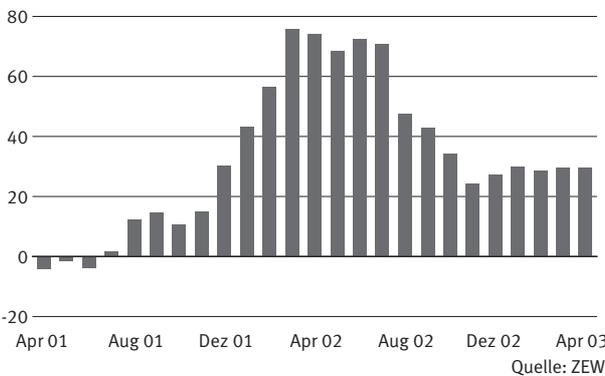
### ZEW-Finanzmarkttest im April



#### ECB-Watch: Analysten sehen Zinssenkungen

Eine Mehrheit der befragten Finanzmarktteilnehmer erwartet nach wie vor eine Leitzinssenkung der EZB in den kommenden drei Monaten. Der überraschend schnelle Sieg der Alliierten im Irak-Krieg hat an diesen zinspolitischen Erwartungen wenig geändert. Dies ist nur auf den ersten Blick erstaunlich. Denn aus der Sicht der Geldpolitik halten sich die Folgen des US-Siegs im Irak in etwa die Waage: Auf der einen Seite verringert der sinkende Ölpreis den Inflationsdruck und erhöht damit den monetären Handlungsspielraum. Auf der anderen Seite verbessert sich nun tendenziell die konjunkturelle Perspektive in der Eurozone, so dass sich der Handlungsdruck für die EZB verringern könnte.

*Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de*

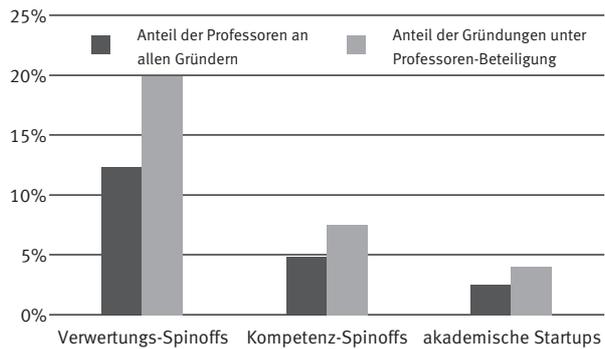


#### Euroraum: Positiver Trend nach Einnahme Bagdads

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im April gegenüber März leicht um 0,1 Punkte auf 29,5 Punkte gefallen. Allerdings zeigt eine getrennte Auswertung der Antworten deutliche Auswirkungen des Kriegsverlaufs im Irak. Betrachtet man die 163 Antworten, die bis zur Einnahme Bagdads am 9. April abgegeben wurden, liegt der Indikator mit 18,4 Punkten deutlich unter dem Vormonatsniveau. Die 150 Antworten, die ab dem 10. April gegeben wurden, ergeben indessen einen Indikatorwert von 41,7 Punkten. Die Finanzanalysten erwarten daher offensichtlich mit dem Ende der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irakkrieg einen positiven Schub für die europäische Konjunktur.

*Felix Hüfner, hufner@zew.de*

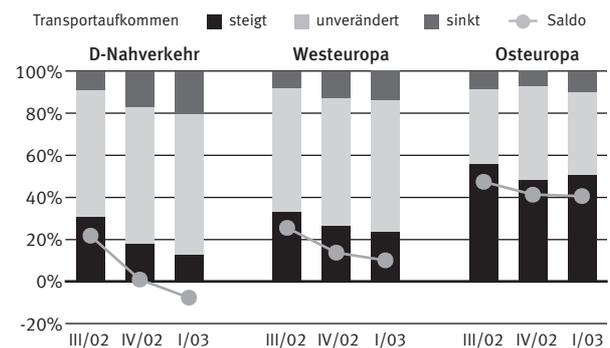
#### Spinoffs aus der Forschung: Professoren als Unternehmensgründer



In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre waren in Deutschland pro Jahr etwa 2.500 Hochschulprofessoren an einer Unternehmensgründung beteiligt. Insgesamt wurden jährlich mehr als 2.000 Unternehmen unter Beteiligung von Professoren gegründet. Das sind rund drei Prozent der Gründungen in den wissensintensiven Branchen. Mit zwölf Prozent ist der Anteil der Professoren bei Verwertungs-Spinoffs am höchsten (Durchschnitt aller Gründungen unter Akademiker-Beteiligung: 3,5 Prozent). Jedes fünfte Verwertungs-Spinoff wird unter Professoren-Beteiligung gegründet, wobei fast jeder zweite Professor weiter an der Hochschule tätig bleibt.

*Christian Rammer, rammer@zew.de*

#### Osteuropa – Wachstumsmarkt für den Straßengüterverkehr



Während die Experten des GLS TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW im nationalen und im westeuropäischen Güterverkehr die Aufkommensentwicklung für die kommenden sechs Monate eher zurückhaltend einschätzen, zeigen sie für Osteuropa einen deutlichen Optimismus. Hier rechnen rund 50 Prozent der Experten im Straßengüterverkehr mit steigenden, nur knapp zehn Prozent mit sinkenden Aufkommen. Somit blieb der Saldo aus steigenden und sinkenden Einschätzungen im vergangenen halben Jahr annähernd konstant. Dagegen ist im nationalen Nahverkehr der Saldo um 30 Prozentpunkte, im Westeuropaverkehr immerhin um 15 Prozentpunkte gefallen.

*Georg Bühler, buehler@zew.de*



# standpunkt

## Kinder

**D**a es jeder Generation in ihrer leistungsfähigen Lebensphase obliege, für das Auskommen der Eltern als Rentner zu sorgen und gleichzeitig Kinder großzuziehen, sich Kinderlose indes der zweiten Pflicht entzögen, sei es nur gerecht, den künftigen Generationen von Kinderlosen bei vollem Rentenversicherungsbeitrag den Anspruch auf umlagefinanzierte Altersrenten zu halbieren. So lautet in verkürzter Form der Vorschlag von ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Wie bei seiner hohen wissenschaftlichen Reputation nicht anders zu erwarten, ist diese Argumentation zwar stringent. Bevor sich aber Parteien deren Umsetzung auf die Fahnen schreiben, seien Vorbehalte angemeldet.

Zunächst kennzeichnet ein etwas schaler Beigeschmack die Diskussion, weil Kinder lediglich als (finanzielle) Belastung betrachtet werden. Mit keinem Wort ist von der Freude, die Kinder machen, die Rede, obwohl dies doch wohl das hauptsächliche Motiv darstellt, sie in die Welt zu setzen. Oder behauptet jemand ernsthaft, seine Familiengründung entspringe in erster Linie der Sorge um die Stabilität unseres Rentenversicherungssystems? Aber vermutlich wird diese Einlassung entweder als zu wenig ökonomisch oder mit Hinweis auf „externe Effekte“ abgetan.

Nicht ausreichend gewürdigt werden die Leistungen für Eltern oder deren Kinder, an deren Finanzierung sich Kinderlose ebenfalls beteiligen. Dies beginnt schon bei der gesetzlichen Rentenversicherung selbst, die bereits eine beträchtliche Umverteilung zugunsten von Familien beinhaltet. Seit dem Jahr 1992 werden je Kind drei Kindererziehungsjahre angerechnet. Dies führt nach Angaben der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zu einer monatlichen Rentensteigerung von derzeit 78 Euro. Außerdem gelten die ersten zehn Jahre der Kindererziehung als „Kinderberücksichtigungszeit“, welche die Altersrenten nochmals erhöht. Schließlich erhalten Erziehende seit der Rentenreform des Jahres 2001 zusätzlich eine Aufwertung ihrer Rentenanwartschaften von bis zu 50 Prozent, wenn nur unterdurch-

schnittliche Arbeitsentgelte – beispielsweise auf Grund von Teilzeitarbeit – verdient werden.

Auch Kinderlose tragen mit ihren Steuerzahlungen zur Finanzierung von Kindergärten und -spielplätzen, Schulen und Hochschulen bei (einschließlich Bafög-Leistungen und Ausbildungsfreibeträgen). Sie gehen naheliegenderweise beim Kindergeld leer aus oder kommen nicht in den Genuss von Kinderfreibeträgen. Sie erhalten selbstverständlich keine monetären Transfers des Bundes, der Länder und der Gemeinden mit familienpolitischem Bezug, subventionieren aber als Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung die dort bestehende weitgehende Beitragsfreiheit für Kinder. Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder Wohngeld fallen für Kinderlose niedriger aus. Sie zahlen über erhöhte Eintrittspreise für Kinderermäßigungen in Schwimmbädern, Theatern oder Vergnügungsparks, von reduzierten Fahrpreisen bei (öffentlichen) Verkehrsmitteln ganz abgesehen. Insgesamt belaufen sich allein die Ausgaben des Staats und der Sozialversicherungen für familienpolitische Maßnahmen im Jahre 2001 auf gut 160 Milliarden Euro. An deren Finanzierung beteiligen sich Kinderlose, zum Teil überproportional.

Gewiss: Die Finanzierungsbeiträge der Kinderlosen mögen nicht den vollen Rentenanspruch begründen und ich plädiere zusätzlich dafür, das Ehegattensplitting für kinderlose Ehepaare zu streichen, um damit deren Mitfinanzierung zu erhöhen. Aber: Die Finanzierungsbeiträge sollten nicht so kleingeschrieben werden, dass Kinderlose der Hälfte ihres Rentenanspruchs verlustig gehen. Schließlich: Nicht alle Kinder tragen später zur Finanzierung der Altersrenten bei, sei es, dass sie das Schicksal einer Arbeitslosigkeit oder gar Erwerbsunfähigkeit trifft, sei es, dass sie auswandern.

Wolfgang Franz

**ZEW**

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher